



## **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Herr Benjamin Karl	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

## **Beigeordnete**

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
---------------------	-------------------------------------	--------------

### Gäste:

Herr Claes (Bereich Grünflächen zu TOP 3.4)  
Herr Kneiding (Bereich Stadtentwicklung zu TOP 3.3 und 3.4)

Niederschrift:  
Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2014 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen  
Vorlage: 14/SVV/0950  
Fraktion SPD
  
- 3.2 Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz  
auf weitere Wohngebiete ausweiten  
Vorlage: 14/SVV/0934

Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 3.3 Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums  
Vorlage: 14/SVV/0999  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
und alle OBR
- 3.4 Prioritätenliste Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen  
Vorlage: 14/SVV/0968  
Fraktion DIE aNDERE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.11.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 von 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 20.11.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegt den Ausschussmitgliedern die Bitte der SPD-Fraktion in schriftlicher Form vor, den TOP 3.1 14/SVV/0950 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen, nochmals zu

vertagen.

Zusätzlich gibt es die Bitte von Herrn Linke, den TOP 3.4 14/SVV/0968 Prioritätenliste Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzuziehen, da er frühzeitig die Sitzung verlassen muss.

Der so veränderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.4 Prioritätenliste Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen**

**Vorlage: 14/SVV/0968**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Linke bringt den Antrag ein.

Herr von der Osten-Sacken begrüßt den Antrag und fragt, wieviel Flächen grundsätzlich dafür in Frage kommen?

Herr Kneiding (Bereich Stadtentwicklung) teilt mit, dass auch die Stadtverwaltung den Antrag ein Maßnahmenportfolio zu schaffen, aus welchem geschöpft werden kann, begrüßt. Jedoch sollte der Intention des Antrages nicht in Form einer starren Prioritätenliste für Ausgleichsprojekte gefolgt werden. Vorhabenbezogen ist individuell und komplex die Beurteilung erforderlich. Gesetzlich gibt es den Vorrang, naturschutzrechtliche Maßnahmen vor Ort vorzunehmen. Für darüber hinaus gehende Kompensationserfordernisse sind nach räumlich-funktionalen Gesichtspunkten gleichwertige Ersatzmaßnahmen zu bestimmen. Die Auswahl erfolgt schutzgutbezogen. Die Eingriffskompensation wird zudem in der Bauleitplanung in die Abwägung einbezogen.

Herr Kneiding ergänzt, dass die Verwaltung die Intensivierung zur Zusammenarbeit mit örtlich aktiven Kompensationsflächenanbietern zur Vorhaltung ausreichender Kompensationsflächen und –maßnahmen anstrebt, die das begrenzte kommunaleigene Maßnahmen- und Flächenangebot ergänzen. Dieser Weg wird auch aus Effizienz- und Kostengründen favorisiert, da es in der Verwaltung an organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen fehlt. Eine Darstellung der diesbezüglichen Aktivitäten kann die Verwaltung bis Mai 2015 vorlegen.

Herr Linke äußert, dass es nicht um ein starres Gerüst gehe. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ist natürlich notwendig. Er bittet zu dokumentieren, welche Projekte wir zu welchem Ausgleichsthema als nächstes in Angriff nehmen. Dies könne in Form einer Matrix erfolgen, warum welche Projekte wichtig für unsere Stadt sind. Herr Linke schlägt weiterhin vor, statt kleinteilige Ausgleichsmaßnahmen durchführen zu lassen, Geld zu sammeln und dann gezielt zu verwenden.

Herr Walter erinnert an einen früheren Antrag seiner Fraktion, ein Kompensationsflächenkataster einzurichten, welcher später zurückgezogen worden ist.

Herr Kneiding betont, dass Maßnahmen an Flächen im Eigentum bzw. in Verfügung der Landeshauptstadt Potsdam sehr eingeschränkt möglich sind, da es ein räumliches Gesamtproblem gebe. Aus diesem Grunde sei die Zusammenarbeit mit Kompensationspoolbetreibern sinnvoll, welche sich um die Aufbereitung und dauerhafte Pflege kümmern. Hier werden Partnerschaften gesucht, z.B. erfolgt gegenwärtig die Kontaktaufnahme mit der Sielmann-Stiftung für den Bereich der Döberitzer Heide. Mit professionellen Anbietern wurden gute Erfahrungen gemacht, so dass allein die Kontrolle durch die Verwaltung erfolgen müsse.

Herr Kneiding fügt hinzu, dass jetzt schon Waldersatzflächen in der Stadt nicht mehr möglich sind. Es erfolgt der Versuch alle Belange rechtssicher in die Bauleitplanung einzubringen.

Herr Kneiding unterbreitet das Angebot darzustellen, was wir aktuell für Flächen in Potsdam haben, einschließlich der Kooperations- und Entwicklungsabsichten. Anstelle einer zusätzlichen Einbindung der Naturschutzverbände, die ohnehin in den förmlichen Verwaltungsverfahren erfolgt, sollte hinsichtlich einer Kompensationsflächenbevorratung eher eine Unterstützung durch den Naturschutzbeirat angestrebt werden. Vertreter aus den Naturschutzverbänden sind Mitglied im Naturschutzbeirat.

Zur Frage der Finanzierung berichtet Herr Kneiding, dass die Kompensationspoolbetreiber im Rahmen ihrer Dienstleistung einen festen Preis benennen, den die Stadt dann weiter reicht. Damit trägt der Kompensationspoolbetreiber das unternehmerische Risiko.

Herr Beck schlägt vor, anhand von Parametern kenntlich zu machen, welche Ausgleichsmaßnahmen gemacht werden (Erstellung einer Liste mit Wertigkeit).

Herr Linke stellt für die einreichende Fraktion DIE aNDERE den Antrag zurück bis die von der Verwaltung angekündigte Vorlage vorgelegt wird.

**zu 3.1 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen**

**Vorlage: 14/SVV/0950**

Fraktion SPD

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 3.2 Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten**

**Vorlage: 14/SVV/0934**

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein.

Herr Claes (Bereich Grünflächen) erinnert an den Ursprungsauftrag, den Beschluss DS 11/SVV/0230 - Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten - in welchem der Oberbürgermeister beauftragt worden ist, „dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt in Abstimmung mit den Wohnungsunternehmen des Arbeitskreises Stadtspreen die im Eigentum der LHP befindlichen Grün- und Wegeflächen in die Initiative für eine abgestimmte Pflege- und Reinigungsstrategie im Schlaatz mit einbringt.“ Im Ergebnis dieser Initiative sollte die Stadt eine Empfehlung darüber abgeben, „ob eine Ausweitung dieser Initiative auch auf die übrigen Neubaugebiete Potsdams empfohlen werden kann.“ Die umfangreichen Abstimmungstermine und Vorbereitungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Ausschreibung unter dem Titel 'Modellprojekt Schlaatz' konnten zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Am 19.12.2014 findet der Submissionstermin statt. Es ist beabsichtigt, den potentiellen Auftragnehmer ab dem 01.04.2015 mit der Ausführung der Leistungen zu beauftragen.

Aussagekräftige Ergebnisse hinsichtlich der erfolgreichen Umsetzung eines einheitlichen und höherwertigen Pflegestandards liegen daher aus den genannten Gründen zurzeit noch nicht vor. Dies gilt sowohl im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen als auch auf deren dauerhafte Praktikabilität.

Die Verwaltung schlägt vor, die Erfahrungen im ersten Ausführungsjahr 2015 mit den sich daraus resultierenden Vor- und Nachteilen eines solchen Projektes abzuwarten und vor der Sommerpause 2016 berichten, ob Empfehlungen für eine Ausweitung auf andere Wohngebiete ausgesprochen werden können.

Herr Rietz bittet den Antrag nochmals zurück zu stellen, um sich bis dahin mit dem Mittragsteller SPD-Fraktion zum weiteren Verfahren verständigen zu können.

### **zu 3.3 Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums Vorlage: 14/SVV/0999**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
und alle OBR

Herr Kneiding (Bereich Stadtentwicklung) geht anhand einer Präsentation auf die Inhalte der Vorlage und die weiteren Schritte ein (Präsentation sh. Anlage).

Frau Dr. Kaduk erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen.

Herr Kneiding informiert, dass die bisher Beteiligten (Ortsbeiräte, örtliche Fachverbände, wie Bauernverband, Gartenbauverband, Landschaftspflegeverein Potsdamer Kulturlandschaft) zum 18.2.15 zu einem ersten Gespräch eingeladen werden, um auf dieser Grundlage das weitere Arbeitsprofil zu erarbeiten, so dass im Jahr 2015 mit den Planungen begonnen werden kann. Hierbei wird vieles parallel laufen, um umsetzungsorientierte Projekte zu verdichten und in eine Projektförderung zu bringen.

Durch Herrn Kneiding wird ergänzt, dass die Planung nicht bei einem Stand „Null“ beginnt. Die ländliche Planung, die bereits betrieben worden ist, wird als Fundus dienen, bewertet und dann fortgeführt.

Frau Lenz informiert stellvertretend für die entschuldigten Mitglieder der SPD-Fraktion, dass diese der Vorlage zustimmen.

Nach Äußerungen weiterer Ausschussmitglieder wird die Vorlage ungeändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam zur Landesgartenschau („LAGA“) 2019 im ländlichen Raum Potsdams wird nicht angestrebt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine fachübergreifende, umsetzungsorientierte Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort zu erarbeiten. Diese soll auf bereits bestehenden Planungen und Konzepten aufbauen und auf die bestmögliche Ausnutzung der speziellen Fördermöglichkeiten, insbesondere der Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds, abzielen sowie in den Prozess einer strategischen Gesamtplanung der Landeshauptstadt Potsdam eingebettet sein.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

**zu 5      Sonstiges**

Keine.

Matthias Lack  
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp  
Niederschrift

